

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHENBERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 3. Dezember 1965

A 22127 C

Nummer 49

Bauwirtschaft und öffentliche Haushalte

Die witterungsbedingten Irregularitäten haben in diesem Jahre noch bis zur Jahresmitte eine Analyse der Lage der Bauwirtschaft erschwert. Erst die Produktionsergebnisse für den Spätsommer zeigten, daß nicht die Witterungsverhältnisse der ausschlaggebende Faktor für die Beeinträchtigung der Produktion gewesen sind. Sie haben den in diesem Zusammenhang wichtigeren — weil fortdauernden — Einfluß der Nachfrage nach Bauleistungen nur überlagert.

Der sich sonst an Perioden witterungsbedingter Produktionsbehinderungen stets anschließende Nachholeffekt ist in diesem Jahr ausgeblieben. Dies zeigt sich deutlich an der Entwicklung im Bauhauptgewerbe, dessen Produktion den Verlauf der aktuellen Nachfrage besser widerspiegelt als das Ausbaugewerbe, das vornehmlich mit der Fertigstellung bereits früher begonnener Bauvorhaben befaßt ist. Im Bauhauptgewerbe wurden auch in den Monaten September/Okttober weniger Arbeitsstunden geleistet als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Auch die Zahl der Beschäftigten ging in beiden Monaten wieder deutlich zurück.

Von der abgeschwächten Entwicklung der Nachfrage wurde ausschließlich die öffentliche Bautätigkeit betroffen, und innerhalb dieses Bereiches wiederum überwiegend der Tiefbau. Die vom DIW im Frühjahr dieses Jahres vorausgeschätzte Entwicklung in den übrigen Baubereichen¹⁾ ist dagegen weitgehend bestätigt worden. Zwar werden die Wirtschaftsbauten schwächer expandieren als vorhergesagt wurde, damit wird die Bauquote, der Anteil der Bauinvestitionen an den gesamten An-

lageinvestitionen der Wirtschaft, wieder zurückgehen. Dafür wird man jedoch das Wachstumstempo der Bauleistung im Wohnungsbau in diesem Jahr etwas höher zu veranschlagen haben: Die Wohnungsbautätigkeit wird auch in diesem Jahr noch nicht in die allgemein prognostizierte Stagnationsphase einmünden.

Völlig anders, als zu Beginn dieses Jahres erwartet werden konnte, ist die bisherige Tätigkeit im Tiefbau verlaufen. Noch im Frühjahr deuteten alle Anzeichen auf eine nur mäßige Abschwächung des bisherigen Expansionstempos in diesem Bereich hin. Aus den übersehbaren Haushaltsansätzen der Gebietskörperschaften für Bauausgaben war zu entnehmen, daß der Bund 20 vH (Tiefbauanteil etwa

Die Entwicklung des Bauvolumens nach Baubereichen
 Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

Bereich	1961	1962	1963	1964	1965	1966
Zu jeweiligen Preisen						
Wohnbauten	11,9	12,5	7,8	15,6	8	6
Wirtschaftsbauten	14,8	5,7	0,7	13,9	11	9
Öffentliche und Verkehrsbauten	18,4	23,3	14,1	18,5	0,5	9
Gesamtes Bauvolumen	14,6	14,2	8,3	16,3	6	8
Hochbauten	13,8	10,8	6,2	16,0	9	7,5
dav.: Rohbauten ¹⁾	13,9	9,9	5,7	16,8	.	.
Ausbauten	13,5	12,6	7,2	15,1	.	.
Tiefbauten	18,1	28,3	15,9	17,2	-4	9
Zu Preisen von 1954						
Gesamtes Bauvolumen	7,2	5,8	3,2	12,1	3	4,5
Hochbauten	6,2	2,4	0,7	10,7	4,5	.
dav.: Rohbauten ¹⁾	7,0	1,0	-0,3	11,1	5	.
Ausbauten	4,7	4,9	2,5	10,1	3,5	.
Tiefbauten	11,8	19,1	11,4	16,3	-2	.
Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden. — Gebietsstand: Bundesgebiet einschl. Berlin (West).						
1) Einschl. Montagebauten, Architektenleistungen und Eigenleistungen der Bauherren.						

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 15/1965, S. 69.

Das Bauvolumen nach Baubereichen

	Wohnbauten	Gewerbliche Bauten	Landwirtschaftl. Bauten	Öffentl. u. Verkehrsbauten				Gesamtes Bauvolumen	
				Insgesamt	Hochbauten	Straßenbau	Sonst. Tiefbau		
a) Zu jeweiligen Preisen in Mill. DM									
1963	I. Vj.	3 900	2 020	150	2 500	1 200	570	730	8 570
	II. "	7 270	3 150	410	6 160	2 000	2 190	1 970	16 990
	III. "	7 620	3 300	460	6 690	2 180	2 450	2 060	18 070
	IV. "	7 070	3 150	350	6 000	2 100	2 100	1 800	16 570
	JS	25 860	11 620	1 370	21 350	7 480	7 310	6 560	60 200
1964	I. Vj.	5 680	2 670	240	4 200	1 710	1 170	1 320	12 790
	II. "	8 140	3 490	450	7 100	2 350	2 520	2 230	19 180
	III. "	8 200	3 640	450	7 400	2 590	2 590	2 280	19 690
	IV. "	7 880	3 500	360	6 600	2 460	2 120	2 020	18 340
	JS	29 900	13 300	1 500	25 300	9 050	8 400	7 850	70 000
1965	I. Vj.	6 090	2 940	250	4 320	1 860	1 130	1 330	13 600
	II. "	8 790	3 910	450	7 050	2 560	2 320	2 170	20 200
	III. "	8 860	4 110	470	7 360	2 660	2 470	2 230	20 800
b) Preisentwicklung (1954 = 100)									
1963	I. Vj.	157,4	153,4	151,5	146,4	149,7	142,0	144,6	153,0
	II. "	163,5	257,8	153,0	149,0	155,3	143,9	148,9	156,7
	III. "	164,5	158,7	154,2	149,6	156,1	144,5	149,5	157,4
	IV. "	164,4	158,2	153,8	149,9	155,8	144,5	149,6	157,5
	JD	163,1	157,4	153,4	149,1	154,7	144,1	148,8	156,6
1964	I. Vj.	165,4	159,4	153,8	150,5	156,6	143,8	149,2	158,8
	II. "	172,2	164,7	160,6	153,8	162,4	145,8	154,8	163,3
	III. "	173,0	165,4	160,6	152,3	163,0	141,5	154,3	163,0
	IV. "	173,6	165,8	161,5	151,7	163,9	139,0	152,5	163,4
	JD	171,4	164,1	159,8	152,2	161,8	142,4	153,1	162,4
1965	I. Vj.	175,0	166,4	161,6	152,2	164,2	136,9	151,1	165,9
	II. "	180,0	170,5	164,9	152,4	168,7	135,9	154,7	167,3
	III. "	180,5	170,9	167,5	152,3	169,6	134,9	155,4	167,4
c) Zu Preisen von 1954 in Mill. DM									
1963	I. Vj.	2 478	1 317	99	1 708	802	401	505	5 602
	II. "	4 446	1 996	268	4 133	1 288	1 522	1 323	10 843
	III. "	4 632	2 079	298	4 471	1 397	1 696	1 378	11 480
	IV. "	4 300	1 991	228	4 004	1 348	1 453	1 203	10 523
	JS	15 856	7 383	893	14 316	4 835	5 072	4 409	38 448
1964	I. Vj.	3 434	1 675	156	2 790	1 092	813	885	8 055
	II. "	4 727	2 119	280	4 617	1 447	1 729	1 441	11 743
	III. "	4 741	2 201	280	4 860	1 552	1 830	1 478	12 082
	IV. "	4 539	2 110	223	4 351	1 591	1 525	1 325	11 223
	JS	17 441	8 105	939	16 618	5 592	5 897	5 129	43 103
1965	I. Vj.	3 480	1 767	155	2 838	1 133	825	880	8 240
	II. "	4 882	2 294	273	4 627	1 517	1 707	1 403	12 076
	III. "	4 909	2 404	281	4 834	1 568	1 831	1 435	12 428

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden. — Gebietsstand: Bundesgebiet einschl. Berlin (West).

80 vH), die Länder 18 vH (Tiefbauanteil etwa 60 vH) und die Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern 15 vH (Tiefbauanteil nicht ganz 70 vH) mehr für ihre Bautätigkeit aufzuwenden beabsichtigten. Nur bei der Bundesbahn war mit einer rezessiven Entwicklung zu rechnen.

Nun sind die Tiefbauarbeiten durch die Witterung sicher stärker beeinträchtigt worden als die übrige Bautätigkeit. Dies allein vermag die schwache Entwicklung der Bautätigkeit in diesem Bereich jedoch nicht zu erklären. Obwohl die Tiefbautätigkeit im Sommerhalbjahr das Niveau der vergleichbaren Vorjahrszeit nicht einmal erreicht hat, weisen die Meldungen über die Auftragsbestände insgesamt immer noch auf einen Rückgang hin²⁾. Auch die Ausführungszeiten der Bauaufträge haben sich den

Meldungen der Firmen zufolge kaum verändert²⁾. Dies läßt darauf schließen, daß — anders als im Jahre 1963, in dem die Produktion durch den Kälteeinbruch im I. Quartal ebenfalls stark beeinträchtigt worden war — retardierende Einflüsse diesmal auch von der Entwicklung der Nachfrage ausgegangen sind³⁾. Somit bestand auch keine Notwendigkeit für eine starke Ausweitung der Produktionstätigkeit in Schönwetterperioden, die bei der gegenwärtigen Auslastung des Maschinenparks in diesen teilweise hochmechanisierten Bereichen mit nur wenigen Arbeitskräften zu bewerkstelligen gewesen, an der Arbeitsmarktlage also sicher nicht gescheitert wäre.

Die Ursache für diese Entwicklung wird man in der veränderten Haushaltslage der Gebietskörperschaften zu suchen haben. Einem deutlich verlangsamten Wachstum der Steuereinnahmen stehen in diesem Jahr stark expandierende Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch und die Einkommensübertragungen gegenüber. Der Spielraum für eine Finanzierung der Investitionstätigkeit aus Steuermitteln wurde damit deutlich eingeengt. Diese Situation hätte nur durch einen Abbau der Geldvermögensbildung der Gebietskörperschaften über das ohnehin zu erwartende Maß hinaus, d. h. durch eine verstärkte Aufnahme von Kapitalmarktmitteln kompensiert werden können. Gegen die Absichten der Bundesbank hätte ein solches Verhalten wohl nur durchgesetzt werden können, wenn es gelungen wäre, den Kapitalmarkt — etwa durch eine Aufhebung der Kuponsteuer — auch ohne das Zutun der Bundesbank zu entlasten.

Die verbreitete Scheu vor einer stärkeren Verschuldung der öffentlichen Haushalte wirft jedoch Probleme nicht nur für dieses Jahr auf, sondern bedroht einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur auch in der Zukunft. Wenn sich das Wachstum der Steuereinnahmen längerfristig im Rahmen des Sozialproduktwachstums halten soll, wird der Spielraum für die Finanzierung der öffentlichen Investitionen auch künftig ständig eingeengt werden, da die laufenden Ausgaben — öffentlicher Verbrauch und Transferzahlungen — teils strukturell bedingt, aber auch begünstigt durch die Priorität, die ihnen bei konjunktur- und finanzpolitischen Entscheidungen zumeist eingeräumt wird — eher schneller zunehmen werden als das Sozialprodukt.

Ein weiterhin befriedigendes Wachstum der öffentlichen Investitionen wird also nur zu erreichen sein, wenn entweder die Steuerbelastung verstärkt wird oder die Sachvermögensbildung der Gebiets-

²⁾ Vgl. hierzu „Ifo-Schnelldienst“, Nr. 44 vom 29. Oktober 1965, S. 18 und Nr. 45 vom 5. November 1965, S. 10 ff.

³⁾ Die Zurückhaltung der Auftraggeber dürfte auch zu Stornierungen und Verschiebungen bereits erteilter Aufträge geführt haben, die in der Auftragsvergabezeit für Tiefbauten nicht registriert werden. Dies mag mit ein Grund für die anders schwer einzuordnenden Ergebnisse dieser Statistik sein.

körperschaften mehr als bisher über den Kapitalmarkt finanziert wird. Dies würde bedeuten, daß die anderen Sektoren, vornehmlich die privaten Haushalte, stärker an der Finanzierung der Infrastruktur beteiligt und ihre Anteile an der Vermögensbildung erhöht würden. Die Alternative, weiterhin „Selbstfinanzierung“ der öffentlichen Investitionen über eine erhöhte Steuerbelastung zu treiben, würde dagegen zwangsläufig zu Lasten des Anteils der anderen Sektoren an der gesamten Vermögensbildung der Volkswirtschaft gehen. Eine Möglichkeit zur Änderung der — häufig beklagten — Vermögensverteilung der Vergangenheit würde damit vergeben werden.

Obwohl die Steuereinnahmen im nächsten Jahr sehr viel reichlicher ausfallen werden, tangiert die von der Bundesbank geforderte und von den Gebietskörperschaften auch befolgte Zurückhaltung am Kapitalmarkt bereits die Aussichten für die öffentliche Bautätigkeit im nächsten Jahr. Gegenwärtig ist nicht zu erwarten, daß der zur Verfügung stehende Spielraum für die Ausweitung der Vermögensbildung des Staates⁴⁾ — etwa 4 Mrd. DM, d. h. 20 vH mehr als in diesem Jahr — von der Investitionstätigkeit in Anspruch genommen, geschweige denn durch einen weiteren Abbau der Geldvermögensbildung erweitert wird. Vielmehr werden die Gebietskörperschaften alle Anstrengungen unternehmen, ihre Netto-Geldvermögensposition wieder zu verbessern. Es kann aber damit gerechnet werden, daß etwa 2 Mrd. DM zur Finan-

zierung zusätzlicher Investitionen verwendet werden. Die öffentlichen Anlageinvestitionen werden sich damit um 9 vH erhöhen, eine Zuwachsrates, die in der vorliegenden Vorausschätzung auch für den öffentlichen und Verkehrsbau im nächsten Jahr angesetzt wurde.

Gewerbliche Bautätigkeit und Wohnungsbau werden etwas schwächer expandieren als in diesem Jahr. Das Wachstumstempo der gewerblichen Bautätigkeit (9 vH) würde damit dem der Ausrüstungsinvestitionen entsprechen; die „Bauquote“ würde sich somit auf dem in diesem Jahr erreichten niedrigeren Niveau stabilisieren.

Für den Wohnungsbau ist anzumerken, daß die bis in die letzte Zeit expansive Entwicklung der Genehmigungen nicht unbedingt Rückschlüsse auf die Produktionsleistung im nächsten Jahr zuläßt. Die Kapitalmarktmissere trifft gerade diesen Bereich besonders stark. Wenn die Rentabilitätsschwelle bei dem gegenwärtigen Hypothekenzinsniveau nicht ohnehin bereits überschritten ist, dürften doch die Zinserwartungen viele Bauherren — vor allem im freifinanzierten Mietwohnungsbau — veranlassen, auch bereits genehmigte Bauvorhaben zurückzustellen. Eine Beschränkung der von den Gebietskörperschaften im nächsten Jahr bereitgestellten Mittel für den Wohnungsbau würde hingegen erst 1967 voll wirksam werden und für die Bautätigkeit im nächsten Jahr noch keine große Bedeutung erlangen.

Über die voraussichtliche Entwicklung der Effizienz in der Bauwirtschaft orientiert die nebenstehende Übersicht. Die bemerkenswerte Ver-

⁴⁾ Nettoinvestitionen und Geldvermögensbildung (netto) — Steuern und sonstige Einnahmen ./ Ausgaben für Übertragungen (Transferausgaben) ./ Ausgaben für den öffentlichen Verbrauch.

Daten zur Effizienzentwicklung in der Bauwirtschaft

	Einheit	Absolute Zahlen			Jährliche Wachstumsraten in vH			
		1956	1961	1964	1956/61	1961/64 ⁵⁾	1965	1966
Bauhauptgewerbe								
Rohbauvolumen zu Preis. v. 1954	Mrd. DM	14,26	20,96	26,29	7	8	2,5	.
Beschäftigte ¹⁾ im Bauhauptgewerbe	1000 Pers.	1 223	1 453	1 649	2,5	4,5	-1	.
Rohbauvolumen je Beschäftigten	DM	11 660	14 425	15 943	4,5	3,5	3,5	.
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten ²⁾	Std.	2 354	2 074	2 000	-2,5	-1	-1,5	.
Arbeitsvolumen ³⁾	Mill. Std.	2 879	3 014	3 298	0	3	-2,5	.
Rohbauvolumen je Arbeitsstunde	DM	4,95	6,95	7,97	7	4,5	5	.
Ausbaugewerbe								
Ausbauvolumen zu Preis. v. 1954	Mrd. DM	6,94	9,97	11,81	6	6	3,5	.
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	1000 Pers.	713	795	834	1	1,5	1,5	.
Ausbauvolumen je Beschäftigten	DM	9 734	12 536	14 167	5	4	2	.
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten ⁴⁾	Std.	2 472	2 178	2 100	-2,5	-1	-1,5	.
Arbeitsvolumen ³⁾	Mill. Std.	1 763	1 732	1 751	-1,5	0,5	0	.
Ausbauvolumen je Arbeitsstunde	DM	3,94	5,76	6,74	8	5,5	3,5	.
Baugewerbe, insgesamt								
Bauvolumen zu Preisen v. 1954	Mrd. DM	21,20	30,93	38,10	6,5	7	3	4,5
Beschäftigte im Baugewerbe	1000 Pers.	1 936	2 248	2 483	2	3,5	0	0
Bauvolumen je Beschäftigten	DM	10 950	13 759	15 344	4,5	3,5	3	4,5
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten	Std.	2 398	2 111	2 033	-2,5	-1	-1,5	0
Arbeitsvolumen ³⁾	Mill. Std.	4 642	4 746	5 049	-1	2	-1,5	0
Bauvolumen je Arbeitsstunde	DM	4,57	6,52	7,55	7,5	5	4,5	4,5

Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen aufgrund von Angaben des Statistischen Bundesamtes. — Gebietsstand: Bundesgebiet, außer 1956 einschl. Saarland und Berlin (West).

¹⁾ Einschl. mithelfender Familienangehöriger. — ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden bezogen auf die Arbeitnehmer ohne kaufmännische und technische Angestellte und Lehrlinge. — ³⁾ Jährliche Arbeitszeit aller Beschäftigten. — ⁴⁾ 105 vH der jährlichen Arbeitszeit im Bauhauptgewerbe. — ⁵⁾ Bei der Berechnung der durchschnittlichen Wachstumsraten wurde der Einfluß der Gebietsstandsänderung eliminiert.

langsamung im Wachstum des Ausbauvolumens je Arbeitsstunde im Jahre 1965 deutet darauf hin, daß sich die Leistungsreserven dieser vornehmlich handwerklich produzierenden Gewerbebranche erschöpfen, wenn es nicht gelingt, entweder den Einsatz von Vorleistungsgütern weiter zu erhöhen — eine Entwicklung, die für das Wachstumstempo der Effizienz in der Vergangenheit ausschlaggebend gewesen sein dürfte — oder im Ausbaugewerbe selbst zu industriellen Produktionsverfahren überzugehen.

Aus der geschätzten Entwicklung der Nachfrage in den einzelnen Baubereichen ergibt sich für das gesamte nominale Bauvolumen eine Wachstumsrate von 8 vH. Die Preiskomponente wurde etwas höher

angesetzt als in diesem Jahr, wobei unterstellt wurde, daß sich die rückläufige Entwicklung der Tiefbaupreise nicht weiter fortsetzt. Die Ausweitung der realen Produktion um 4,5 vH dürfte vom Potential her ohne Schwierigkeiten möglich sein. Bei etwa gleich stark expandierender Entwicklung der Produktionsleistung je Arbeitsstunde könnte sogar eine rückläufige Entwicklung der täglichen Arbeitszeit leicht durch eine Ausweitung der Beschäftigten kompensiert werden; leichter sogar noch, als es 1965 möglich gewesen wäre, wenn man bedenkt, daß die zusätzlichen Anforderungen der Industrie an den Arbeitsmarkt 1966 sehr viel schwächer sein werden als in diesem Jahr.

Zur Entwicklung der sowjetischen Außenhandelspolitik

Die Zielsetzung der sowjetischen Außenhandelspolitik der letzten zwanzig Jahre ist leichter zu durchschauen, als dies in westlichen Volkswirtschaften der Fall ist. Erstens wird immer wieder betont, daß die Außenhandelspolitik der UdSSR ein „untrennbarer Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik“ ist¹⁾. Zweitens ist eine Importorientierung vorherrschend: Es werden hauptsächlich Investitions- und Engpaßgüter eingeführt, um ein beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Der Ausfuhr wurde bis vor kurzem nur sekundäre Bedeutung beigemessen; ihre Rolle wurde vor allem darin gesehen, Saldierungsfaktor für die Zahlungsbilanz zu sein. Schließlich das dritte Kennzeichen, das unter bestimmten Umständen in einem Widerspruch zu den beiden anderen steht: die stark autarkistische Tendenz der sowjetischen Außenhandelspolitik. Diese wird einerseits durch die reichlichen Rohstoffe und die Größe des sowjetischen Wirtschaftsraums gefördert, mehr aber noch durch die Unfähigkeit des bislang praktizierten Systems der Planwirtschaft, die Vorteile des Außenhandels voll auszunützen. Auch die Furcht vor einem Wirtschaftskrieg ist hier zu nennen. Diese ist keineswegs unbegründet, denn in der Vergangenheit wurde von westlicher Seite mehrmals ein Embargo verhängt. In letzter Zeit lassen sich mehrere Tatsachen registrieren, die einen allmählichen Wandel der bisherigen sowjetischen Außenhandelspolitik nicht mehr ganz ausgeschlossen erscheinen lassen.

Zur Entwicklung 1964/65

Der Außenhandel der UdSSR ist in den vergangenen Jahren trotz der erwähnten autarkistischen Tendenz der sowjetischen Außenhandelspolitik ständig gestiegen, sowohl was die Ausfuhr, noch mehr aber, was die Einfuhr betrifft. Der gesamte Außenhandelsumsatz der Sowjetunion erreichte 1964 rund 13,9 Mrd. Rubel²⁾, das ist weit mehr als das Doppelte von 1955; dieses Volumen des sowjetischen Außenhandels wird zur Zeit nur von vier Ländern übertroffen: den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Wie den verschiedenen Handelsabkommen, Protokollen und den Äußerungen hoher sowjetischer Funktionäre zu entnehmen ist, sind weitere Steigerungen

geplant, die über das gleichzeitige Wachstum der Industrieproduktion bzw. des Volkseinkommens hinausgehen sollen.

Auffallend ist 1964 die beachtliche Zunahme des sowjetischen Westhandels um mehr als 14 vH gegenüber 1963, hauptsächlich bedingt durch die umfangreichen Weizenkäufe in Kanada, Australien und den USA. Ferner sind verstärkte Bemühungen der UdSSR festzustellen, mit den westlichen Industrieländern zu einem wachsenden Warenaustausch zu gelangen, verbunden mit dem Streben nach langfristigen Krediten und mit verschiedenen Anstrengungen, die Meistbegünstigung auch dort eingeräumt zu bekommen, wo sie bislang nicht gewährt wird. Dies wird für die Sowjetunion vor allem in Zukunft von Vorteil sein, wenn die Kennedy-Runde Fortschritte macht.

¹⁾ Vnesnjaja Torgovlja SSSR, Moskau 1954, S. 39 u. 1965, Heft 2, S. 3.

²⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 3, Beilage S. 2.

Zu registrieren sind aber auch verschiedene Versuche der Sowjetunion, sich in den internationalen Dienstleistungsverkehr als Handelspartner einzuschalten: in die Handelsschifffahrt, den Flugverkehr, das Bankgewerbe und neuerdings auch in den Tourismus.

Mehrere Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich in der sowjetischen Einschätzung der Ausfuhr ein Wandel anbahnt. Theoretische Probleme des „sozialistischen Außenhandels“, wie die Bestimmung seiner Rentabilität, sein Einfluß auf den Planungs- und Wirtschaftsablauf, seine indirekten Nutzeffekte usw., die bereits seit mehreren Jahren hauptsächlich in Mitteleuropa und in der Tschechoslowakei diskutiert werden, finden mehr und mehr auch bei sowjetischen Autoren Beachtung.

Es wird diskutiert, warum die sowjetischen Exporte an Maschinen und Ausrüstungen noch lange nicht den Möglichkeiten entsprechen³⁾. Den westlichen Methoden der Qualitätskontrolle und neuerdings sogar der Werbung gilt ein zunehmendes Interesse⁴⁾.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient, daß erstmals an Arbeiter, Ingenieure und Direktoren für gute Qualität von Exporterzeugnissen und für termingerechte Lieferung Prämien gezahlt werden können⁵⁾.

Weiterhin ist zu erwähnen: In diesem Jahr ist die Sowjetunion auf vierzehn großen Messen und Ausstellungen im Ausland vertreten; 1964 fanden nicht weniger als 42 internationale Handelsausstellungen in der UdSSR statt⁶⁾.

Für 1966 wird das Erscheinen eines umfangreichen „Bulletins“ angekündigt, das detaillierte Informationen über die einzelnen Märkte, über Preise, Währungssituationen der ausländischen Staaten, Patente, Lizenzen vermitteln soll. Gedacht ist dieser dreimal wöchentlich erscheinende Dienst hauptsächlich für Betriebe und Ministerien, die für den Export arbeiten⁷⁾.

Am 1. 7. 1965 trat die UdSSR der „Pariser Konvention zum Schutze industriellen Eigentums“ bei, der gegenwärtig 68 Staaten angehören. Die sowjetische Fachpresse stellt hauptsächlich die Vorteile heraus, die sich die UdSSR von diesem Beitritt für ihren Export verspricht und weist auf die zunehmende Zahl sowjetischer Patentanträge in den westlichen Ländern hin⁸⁾. Für die übrigen Mitgliedsländer dieses Abkommens ist eine sowjetische Teilnahme ebenfalls von Vorteil, wenn die UdSSR ihre vertraglichen Verpflichtungen genau erfüllt.

³⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 6, S. 3 - 6.

⁴⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 9, S. 3 - 4 und S. 36 - 37.

⁵⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 4, S. 46; Verordnung (Polen) vom 8. 12. 1964 des „Staatlichen Komitees des Ministerrats der UdSSR für Arbeit und Löhne“.

⁶⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 3, S. 29.

⁷⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 10, S. 62.

⁸⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 7, S. 27 u. Heft 9, S. 42 - 44.

Veränderungen in der Länderstruktur

Die zentralistische Steuerung des sowjetischen Außenhandels läßt sich gut aus seiner Länderstruktur ablesen: Betrug der Handel mit China 1955 rund 21 vH des gesamten Außenhandelsumsatzes, so machte er 1964 nur noch knapp 3 vH aus. Umgekehrt erfuhr der Handel mit Kuba eine kräftige Ausdehnung: 1959 gab es so gut wie überhaupt keinen Warenaustausch, 1964 waren es mehr als 4 vH, womit Kuba in der Liste der sowjetischen Außenhandelspartner an die siebente Stelle rückt. Bevorzugte Handelspartner der UdSSR sind selbstverständlich nach wie vor die COMECON-Länder, auf die 1964 etwa 59 vH des gesamten Außenhandelsumsatzes entfielen.

Die Sowjetunion treibt heute mit mehr als 90 Ländern Handel, mit 65 aufgrund von Handels- und Zahlungsabkommen⁹⁾. Zwischen 1955 und 1962 war zu beobachten, daß mit einer wachsenden Zahl neuentstandener Staaten Handelsbeziehungen angeknüpft wurden. Obwohl die sowjetischen Importe an tropischen Erzeugnissen heute noch weit unter den Bezügen westlicher Länder liegen, nahmen sie einige Jahre lang rasch zu; 1964 war allerdings ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dies zeigt die Schwierigkeiten, die einem erhöhten Import der Sowjetunion aus den Entwicklungsländern entgegenstehen: Die Konsumgewohnheiten der sowjetischen Bevölkerung, die fehlenden Einrichtungen, um leicht verderbliche Güter zu lagern und zu transportieren, sowie die hohe Eigenproduktion an Zucker und Baumwolle, die insbesondere eine aus politischen Gründen erwünschte Steigerung der Einfuhr aus Kuba und aus Ägypten behindert.

Am 1. Januar 1965 wurden die sowjetischen Einfuhrzölle auf Erzeugnisse der Entwicklungsländer abgeschafft. Propagandistisch wurde diese Maßnahme stark herausgestellt. Die Bedeutung dieser Zollsenkung hängt jedoch unter anderem davon ab, ob die Einzelhandelspreise für derartige Erzeugnisse ebenfalls gesenkt werden und ob die sowjetischen Behörden bereit sind, eventuellen Nachfrageänderungen durch eine veränderte Importpolitik nachzukommen. Bis jetzt wurde nur der Einzelhandelspreis für Kakao gesenkt, allerdings gleich um 45 vH¹⁰⁾. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um eine gezielte Maßnahme zugunsten Ghanas.

Schlußfolgerungen

1. Der Außenhandel der UdSSR wird nach wie vor als wirkungsvolles politisches Instrument benutzt. Er dient dazu, in verschiedenen Ländern den westlichen Einfluß abzuschwächen und den eigenen

⁹⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 2, S. 46.

¹⁰⁾ Izvestija vom 25. 4. 1965, S. 1.

zu erhöhen. Wirtschaftliche Überlegungen gewinnen jedoch spürbar an Gewicht und treten neben die außenpolitischen Ziele, ohne sie auszuschalten.

2. Um trotz der hohen Weizeneinfuhr weiterhin in gleichem Umfang Investitionsgüter aus den westlichen Industrieländern importieren zu können, wurde dem Export im Laufe der beiden letzten Jahre vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt.

3. Bis jetzt läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob die Sowjetunion zu einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung mit allen ihren Konsequenzen bereit ist, sei es im Rahmen des COMECON oder im Hinblick auf den Ost-West-Handel. Trotz des steigenden Außenhandelsumsatzes ist das außenwirtschaftliche Verhalten der UdSSR auch heute noch als grundsätzlich autarkistisch zu bezeichnen. Die genannten Fakten sind aber möglicherweise erste Anzeichen einer allmählichen Änderung.

Auf lange Frist betrachtet ist jedenfalls die Frage

interessant, ob sich in der Sowjetunion eine dauerhafte Abkehr vom bisherigen Autarkie-Denken vorstellen läßt. Verschiedene Äußerungen des sowjetischen Außenhandelsministeriums¹⁴⁾ sprechen dafür, daß diese Frage nicht mehr so einseitig diskutiert wird wie bisher, jedoch scheint es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch verfrüht, eine Prognose für das Tempo der Entwicklung zu geben. Mit zunehmendem ökonomischen Reifegrad, d. h. mit zunehmender Fähigkeit, auf allen Weltmärkten zu konkurrieren, wird zwangsläufig auch in der Sowjetunion das Interesse an einem weiter steigenden Handel mit allen Ländern, auch mit den westlichen Industrieländern, wachsen. Die weltwirtschaftliche Erfahrung lehrt deutlich, daß Länder mit entwickelter Industrie nahezu automatisch zu einem höheren Grad der internationalen Arbeitsteilung übergehen. Dieser Weg ist auch der Sowjetunion vorgezeichnet, jedoch ist er bisher kaum beschritten.

¹⁴⁾ Vnesnjaja Torgovlja 1965, Heft 2, S. 3 - 7.

